

Busch, Axel

Article — Digitized Version

Deutsche Postunion: Ein ordnungspolitisch fragwürdiger Schritt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Busch, Axel (1990) : Deutsche Postunion: Ein ordnungspolitisch fragwürdiger Schritt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 7, pp. 363-367

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136657>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Axel Busch

Deutsche Postunion: Ein ordnungspolitisch fragwürdiger Schritt

Die Post in der DDR befindet sich, auch nach eigener Einschätzung, in einem desolaten Zustand. Allein die Modernisierung des DDR-Fernsprechnetzes wird auf mindestens 30 Mrd. DM veranschlagt. Ist vor diesem Hintergrund die vom Bundespostminister angestrebte rasche Vereinigung der beiden deutschen Post- und Fernmeldeverwaltungen der ökonomisch richtige Weg? Werden mit der schnellen Verwirklichung der deutsch-deutschen Postunion Chancen vertan, die Effizienz und Innovationsfähigkeit des Telekommunikationssektors insgesamt zu verbessern?

Mit dem 1. Juli 1990 ist die Währungs- und Wirtschaftsunion zwischen der DDR und der Bundesrepublik in Kraft getreten. Mit diesem Staatsvertrag sind wichtige Weichen dafür gestellt worden, die DDR aus einer über 40 Jahre währenden staatlich gelenkten Planwirtschaft in eine wettbewerblich organisierte Marktwirtschaft zu überführen. In der öffentlichen Diskussion wird derzeit häufig der Eindruck erweckt, für mehr Wettbewerb und Privatinitiative in der DDR reiche es aus, die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik ohne nennenswerte Änderungen auf die DDR zu übertragen. Dabei wird gerne auf das sogenannte „Wirtschaftswunder“ vor 40 Jahren in der Bundesrepublik verwiesen.

Ludwig Erhard hat in der Tat mit einer liberalen, marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik in den Anfangsjahren der Bundesrepublik die Grundlage zum heutigen Wohlstand gelegt und damit einen überzeugenden Beweis für die Überlegenheit jeder wettbewerblich organisierten Wirtschaft gegenüber einer staatlichen Wirtschaftslenkung gegeben. Seither hat die Bundesrepublik sich aber mit ihrer Wirtschaftsordnung in wichtigen Bereichen deutlich entfernt von ordnungspolitischen Prinzipien, wie sie in der Gründungszeit vor 40 Jahren gegolten haben. Es muß daher bezweifelt werden, ob das „Modell Bundesrepublik“, wie es heute von den vermeintlichen „Enkeln“ Ludwig Erhards so gerne angepriesen wird, ohne Abstriche auch für die Sanierung der DDR-Wirtschaft geeignet ist.

Die Skepsis gründet sich im wesentlichen darauf, daß die Regulierungen der Wirtschaft, das heißt alle staatlichen oder staatlich sanktionierten Beschränkungen der Handlungs- und Verfügungsmöglichkeiten des Menschen, in der Bundesrepublik über Jahrzehnte deutlich zugenommen haben¹. Über 50% des Bruttosozialprodukts werden heute in mehr oder minder regulierten Bereichen erwirtschaftet. Der Umfang der staatlichen Interventionen ist noch größer, wenn man die sektorübergreifenden Regulierungen, die staatlichen Subventionen und die Beschränkungen im Außenhandelsbereich hinzurechnet². Die damit einhergehende Verkrustung der Wirtschaft und die mangelnde Flexibilität trugen dazu bei, daß die Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten an wirtschaftlicher Dynamik deutlich verloren hat.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat die Notwendigkeit einer Deregulierung der westdeutschen Wirtschaft durchaus erkannt, so etwa Bundeskanzler Kohl im Jahre 1983 in seiner Regierungserklärung: „Wir führen den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurück, damit er sie zuverlässig erfüllen kann.“³ Diesem Plädoyer für mehr Marktwirtschaft sind bislang aber keine einschneidenden Reformen gefolgt: Der Rückzug des Staates aus privatwirtschaftlichen Aktivitäten konzentrierte sich seither vorwiegend auf den Verkauf von Bun-

Axel Busch, 32, Dipl.-Volkswirt, ist Mitarbeiter der Deutschen Telepost Consulting GmbH (DETECON). Der Autor gibt in diesem Artikel seine persönliche Meinung wieder.

¹ Unabhängige Expertenkommission zum Abbau marktwidriger Regulierungen (Deregulierungskommission): Marktöffnung und Wettbewerb, Erster Bericht, Bonn, März 1990, S. 15.

² Jürgen B. Donges, Werner Schatz: Staatliche Interventionen in der Bundesrepublik Deutschland: Umfang, Struktur, Wirkungen, Kieler Diskussionsbeiträge 119/120, Mai 1986, S. 26.

³ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 43 vom 5. Mai 1983, S. 398.

desbeteiligungen wie etwa bei der Volkswagen AG. Staatliche Wettbewerbsbeschränkungen wie z.B. im Handwerk, bei den freien Berufen, in der Stromwirtschaft, im Versicherungs- und Verkehrsgewerbe bestehen jedoch weitgehend fort. Zu den wenigen Ausnahmen gehören die Einführung des Dienstleistungsabends im Einzelhandel, die Aufstockung der Kontingente im Güterkraftverkehrsgewerbe oder die sogenannte Postreform⁴.

Ausdehnung von Regulierungen

Gerade solche Wirtschaftszweige, die in der Bundesrepublik dank staatlicher Regulierung einen zum Teil hohen Konkurrenzschutz genießen, plädieren aus naheliegenden Gründen für eine Ausdehnung dieser Regulierungen auf die DDR. Sie finden dabei Unterstützung bei den Regierungen beider Staaten. In der zweiten Hälfte dieses Jahres soll zum Beispiel die westdeutsche Handwerksordnung in der DDR eingeführt werden, ein Schritt, der bereits vorher vom Zentralverband des Deutschen Handwerks empfohlen worden war⁵. Auch für den Straßengüterverkehr, der in der Bundesrepublik bislang weitgehend reguliert ist, sollen in der DDR nach den Vorstellungen beider Regierungen Mengenkontingente sowie Mindest- und Höchstarife nach westdeutschem Muster eingeführt werden.

Die westdeutsche Elektrizitätswirtschaft wiederum ist im Begriff, durch frühzeitige Joint Ventures mit Versorgungskombinaten in der DDR ihr Absatzgebiet auszuweiten, ohne aber darauf zu verzichten, weiterhin im Zusammenhang mit dem europäischen Binnenmarkt erfolgreich die bestehenden nationalen Versorgungsmonopole gegen Wettbewerb aus dem Ausland zu verteidigen⁶.

Auch die Deutsche Bundespost verfährt nach ähnlichem Muster. Jahrelang hat sie sich gegen eine Aufhebung des Post- und Fernmeldemonopols gewehrt. Gerade ein Jahr ist das Poststrukturgesetz in Kraft, welches die westdeutschen Telekommunikationsmärkte teilweise liberalisieren soll. Nun schickt sie sich an, durch Schaffung einer sogenannten Postunion mit der Post der DDR sich frühzeitig den Einfluß auf den Tele-

kommunikationssektor im anderen Teil Deutschlands auf Kosten potentieller privater Unternehmen zu sichern.

Nach den Vorstellungen von Bundespostminister Schwarz-Schilling ist an der Vereinigung der beiden Post- und Fernmeldeverwaltungen nicht zu zweifeln; die Schaffung von gemeinsamen Postunternehmen müsse sich dabei auf ordnungspolitische und organisatorische Strukturen erstrecken⁷. So reichen die Hilfen für die DDR-Post von der Gewährung eines Kredits in Höhe von 2 Mrd. DM für das Jahr 1991 über die kostenlose Abgabe ausgemusterter Telefon-Vermittlungsanlagen bis hin zur Beratung bei der Umorganisation der Fernmelde- und Postverwaltung nach dem Vorbild der Bundespost. Die Aufteilung der Post in der DDR analog zur Gliederung in der Bundesrepublik in die Generaldirektionen TELEKOM, POSTBANK und POSTDIENST ist bereits realisiert. Selbst die Besoldungsstruktur für die Post-Bediensteten in der DDR wurde bereits an die in der Bundesrepublik üblichen Bestimmungen angepaßt.

Eine Übernahme der westdeutschen Postreform durch die DDR würde zugleich die wettbewerblichen Rahmenbedingungen, unter denen Telekommunikationsdienste angeboten werden können, festschreiben. Einen Vorgeschmack darauf liefert bereits der Aufbau eines Mobilfunknetzes in der DDR, mit dem die Bundespost – derzeit als alleiniger Anbieter – bereits begonnen hat, ohne daß bislang geklärt ist, ob und wie private Unternehmen als Mobilfunkbetreiber auf dem Gebiet der DDR tätig werden können. Was also vordergründig als Solidarbeitrag unter „Verwandten“ erscheinen mag, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als frühzeitiger Versuch der Bundespost, lukrative „claims“ gegen potentielle Konkurrenten abzustecken.

Desolater Zustand der DDR-Post

Ohne Zweifel ist eine durchgreifende Reform des Post- und Fernmeldewesens in der DDR nötig, um auch nur annähernd das Leistungsniveau westlicher Kommunikationsnetze und -dienstleistungen zu erreichen. Wenige Eckdaten machen dies deutlich: Im Jahre 1988 entfielen auf 16,7 Mill. DDR-Einwohner 1,8 Mill. Telefonhauptanschlüsse, dies entspricht einer Versorgungsdichte von 11 Telefonen pro 100 Einwohner; in der Bundesrepublik ist der Wert fünfmal so hoch. DDR-Bürger müssen derzeit bis zu 18 Jahre auf einen Telefonanschluß warten. Übertragungs- und Vermittlungstechniken sind überaltert, 80% der Systeme sind 35 Jahre und älter, 10% sind mehr als 60 Jahre im Einsatz. Zudem ist das Netz nicht auf die heutige Nachfrage ausgelegt und deshalb meistens überlastet. Allein die Modernisierung

⁴ Henning Klodt et al.: Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Standortwettbewerb, Kieler Studien 228, Tübingen 1989, S. 133 ff.

⁵ Heribert Späth: Handwerk hilft den osteuropäischen Ländern, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. März 1990.

⁶ Vgl. Wirtschaftswoche Nr. 13, 23. März 1990: RWE wird Marktführer in der DDR; sowie Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juni 1990: Gegen Energieversorgungsmonopol in der DDR.

⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 5. 1990: Mehr Telefonverbindungen für die DDR.

des Fernsprechnetzes würde nach Schätzungen der DDR-Post mindestens 30 Mrd. DM kosten.

Skepsis ist angebracht, ob in dieser Situation die Postunion für die DDR der rechte Weg ins moderne Kommunikationszeitalter ist. Sicher mag eine Postreform, wie sie in Gestalt des Poststrukturgesetzes in der Bundesrepublik stattgefunden hat, dabei ein Schritt in die richtige Richtung sein, weicht sie doch das bisherige staatliche Monopol auf. Ohne Modifizierungen werden aber mit einer schlichten Übernahme des Poststrukturgesetzes durch die DDR auch wesentliche Mängel übernommen, die dieser Reform aus wirtschaftspolitischer Sicht anhaften.

So führt die Postreform in der Bundesrepublik zwar mit Wirkung vom 1. Juli 1990 zu einer völligen Liberalisierung des Telefonendgerätemarktes⁸. Deutsche Verbraucher können demnach Telefonapparate nicht nur von der TELEKOM, dem für die Telekommunikation zuständigen Unternehmen innerhalb der Bundespost, sondern auch von in- und ausländischen Unternehmen beziehen. Zusätzlichen Wettbewerb soll es auch im Bereich von sogenannten Mehrwertdiensten geben.

Im Gegensatz zu Reformen in anderen Ländern (USA, Großbritannien) bleibt jedoch sowohl das Monopol im Fernsprechnetz als auch das Netzmonopol der Post im wesentlichen bestehen. Auch weiterhin ist privaten Unternehmen die Installation und der Betrieb von Fernmeldenetzen untersagt – von eingeschränktem Wettbewerb in der Satellitenkommunikation und der Mobilfunkkommunikation einmal abgesehen. Wegen der Aufrechterhaltung des Netz- und Fernsprechmonopols, mit dem die Bundespost immerhin über 90% ihrer Einnahmen erzielt, fehlt somit in maßgebenden Bereichen der Konkurrenzdruck, der zugleich Effizienz und Innovationen im Telekommunikationssektor sicherstellen würde. Ohne die „Peitsche des Wettbewerbs“⁹ – und dies gilt für beide Teile Deutschlands – wird jedoch auch das Fernmeldewesen nicht auskommen, wenn es mit der technischen Entwicklung und den Bedürfnissen der Nachfrager Schritt halten soll.

Der Wert der Postreform in der Bundesrepublik wird zusätzlich eingeschränkt durch die Tatsache, daß nach wie vor die Möglichkeit besteht, mit Gewinnen aus lukrativen Marktsegmenten defizitäre Unternehmenssparten intern zu subventionieren. Diese Schwächen der Reform würde die DDR mit der Übernahme des Poststrukturgesetzes gleichfalls importieren.

Verteidigt wurde die Aufrechterhaltung des Fernsprech- und Netzmonopols in der Bundesrepublik im wesentlichen damit, daß die Bundespost die Einnah-

men aus den Monopolbereichen benötige, um die hohen Investitionen in den Telekommunikationssektor, vor allem zur Digitalisierung und Einführung der ISDN-Technik, vorzufinanzieren¹⁰. Die gegenwärtige Situation in der DDR ähnelt insofern den Verhältnissen in der Bundesrepublik durchaus.

Die Vorstellung, Investitionen für Telekommunikationsnetze der DDR in einer Größenordnung von mindestens 30 Mrd. DM zum größten Teil im Wege der Innenfinanzierung über die laufenden Einnahmen decken zu wollen, ist sicher nicht sehr realistisch. Zum einen befindet sich das Fernmeldernetz der DDR in einem solch desolaten Zustand, daß ein Nachrichtenverkehr mit einem ausreichenden Gebührenaufkommen kaum zu erwarten ist. Zum anderen ist der Investitionsbedarf so hoch, daß selbst bei sehr günstiger Nachfrageentwicklung allein über die Betriebseinnahmen kaum ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stünden.

Auch einer Finanzierung durch Vermögensabbau als einer weiteren Form der Innenfinanzierung sind vermutlich enge Grenzen gesetzt. Dafür spricht nicht nur die voraussichtlich geringe Bewertung von mobilem und immobilem Sachvermögen der Post in der heutigen DDR. Hinzu kommt, daß ein Vermögensabbau als Finanzierungsquelle nicht in nennenswertem Umfang herangezogen werden kann, ohne den Bestand des Unternehmens ernsthaft zu gefährden.

Für die Modernisierung des DDR-Netzes kommen somit nur zwei Finanzierungsalternativen in Betracht: Die Zuführung von zusätzlichem Eigenkapital sowie die Aufnahme von Fremdkapital als Formen der Außenfinanzierung. Auch die Erfahrungen aus der Bundesrepublik lehren dies.

Finanzierungsalternativen

Zwar hat die Bundespost gemessen am Cash Flow ihre Liquiditäts- und Ertragslage von Jahr zu Jahr verbessert und dadurch ihren Spielraum vergrößert, Mittel zur Deckung des Kapitalbedarfs auf dem Wege der Innenfinanzierung aufzubringen. So lag der Cash Flow gemessen am Kapitalbedarf im Jahre 1988 bei etwa 70%, im Jahre 1970 hingegen nur bei rund 20%¹¹. Über

⁸ Vgl. Axel Busch: Mehr Wettbewerb im Telekommunikationsbereich?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 69. Jg. (1989), H.1, S. 36 ff.

⁹ Vgl. Handelsblatt vom 23./24. 3. 1990: „Necker: Das Fernmeldewesen kommt ohne die Peitsche des Wettbewerbs nicht aus.“

¹⁰ Vgl. Axel Busch: Geht der Post das Geld aus?, Kieler Diskussionsbeiträge 136, Januar 1988.

¹¹ Bundesminister für Post und Telekommunikation (Hrsg.): Deutsche Bundespost, Geschäftsbericht, Bonn, versch. Jgg.

Jahrzehnte hinweg wurde jedoch der Kapitalbedarf hauptsächlich von außen gedeckt, teils durch Aufstokkung des Eigenkapitals, teils durch Aufnahme von zusätzlichem Fremdkapital.

Mit Schaffung der Währungs- und Wirtschaftsunion gewinnt auch die DDR verbesserten Zugang zu den Kapitalmärkten und damit zu unterschiedlichen Instrumenten der Fremdfinanzierung: Anleihen, Kassenobligationen, Schuldscheindarlehen, Bankkredite u.ä. Zusätzliche Mittel könnten im Wege der Eigenfinanzierung aufgebracht werden. Hierzu müßte der Staat – gegenwärtige Eigentumsverhältnisse in der DDR vorausgesetzt – aus dem eigenen Haushalt weiteres Kapital zur Verfügung stellen. Ohne eine Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt oder eine Inanspruchnahme der Postbankdienste wäre dies nur über entsprechende Kürzungen im Staatshaushalt, etwa durch Abbau von Subventionen, durch höhere Einnahmen, vor allem in Form höherer Steuern, oder durch Verkauf von Staatsvermögen, z.B. von Immobilien, möglich. Die staatlichen Haushalte der DDR werden zur Finanzierung eines modernen Tele-

kommunikationsnetzes aber wohl kaum eingesetzt werden können, wenn man bedenkt, daß schon jetzt Überbrückungskredite der Bundesregierung benötigt werden, um den laufenden Verpflichtungen nachkommen zu können.

Alternativ oder in Ergänzung zu den bisher vorgestellten Finanzierungsinstrumenten könnte die DDR Kapital zur Modernisierung ihres Telekommunikationssektors auch über eine stärkere Privatisierung mobilisieren. Vorausgesetzt die DDR-Post würde in eine privatrechtliche Gesellschaft umgewandelt, wäre es zum Beispiel denkbar, private Kapitalgeber als Gesellschafter zu gewinnen. Auf diese Weise wurden auch schon andere Infrastrukturinvestitionen vergleichbarer Größenordnung in Deutschland finanziert, so etwa der Eisenbahnbau im 19. Jahrhundert¹². Die Einlagen könnten sowohl in monetärer Form als auch als Sacheinlagen erfolgen. Angesichts des prognostizierten Wachstumspotentials der DDR-Wirtschaft insgesamt und besonders des Telekommunikationssektors dürfte es bei ausreichender Rechtssicherheit nicht schwerfallen, private Investoren aus der Bundesrepublik und dem Ausland zu gewinnen, seien es Produzenten von Telekommunikationseinrichtungen, seien es Fernmeldegesellschaften oder sonstige Finanziers, die nach rentablen Anlagemöglichkeiten suchen.

¹² Karl Obermann: Zur Beschaffung des Eisenbahnkapitals in Deutschland in den Jahren 1835 – 1855, in: Revue Internationale d'Histoire de la Banque, 1972, S. 315-352; Axel Busch: Geht der Post das Geld aus?, a.a.O., S. 10 ff.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Georg Koopmann

HANDELSPOLITIK UND INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Das Beispiel der amerikanischen Textil- und Bekleidungsindustrie

Seit mehr als 15 Jahren wird der internationale Textilhandel durch das Welttextilabkommen (MFA) reguliert, das sich bis heute zu einem protektionistischen Monstrum entwickelt hat. Die vorliegende Fallstudie weist nach, daß die Textilindustrie – nicht aber die Bekleidungsindustrie – hinter den handelspolitischen Schutzmauern des MFA zwar eine beachtliche Investitionsdynamik entfaltete. Letztlich haben sich aber diese Investitionen volkswirtschaftlich nicht ausgezahlt: Eine durchgreifende Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Textilindustrie ist nicht erreicht worden, die Industrie ist – ebenso wie die Bekleidungsindustrie – vom Außenschutz heute so abhängig wie vor 15 Jahren.

Großoktav,
119 Seiten, 1989,
brosch. DM 39,-
ISBN 3-87895-371-2

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

Der „Runde Tisch“ der DDR-Opposition hatte bereits einen Gesetzentwurf vorbereitet, nach dem die Post in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden sollte¹³. Die Postunion zwischen beiden deutschen Postverwaltungen hat dieses Vorhaben zum Scheitern gebracht. Das rasche Handeln der Bundespost in diesem Zusammenhang ist durchaus verständlich angesichts der Tatsache, daß die Vorstellung einer Privatisierung des Fernmeldebereichs in der Bundesrepublik noch nie auf Zuspruch stieß. Im Ausland hingegen steht man einer Privatisierung des Telekommunikationssektors zum Zwecke der Kapitalbeschaffung aufgeschlossener gegenüber.

Vorbilder im Ausland

In Großbritannien zum Beispiel wurde zum 1. Januar 1985 im Anschluß an eine weitreichende Deregulierung des Telekommunikationssektors, zu der auch die Freigabe des Wettbewerbs im Netzbereich gehörte, die bis dahin staatliche Telefongesellschaft British Telecom zu 51 % privatisiert¹⁴.

Ausschlaggebend für diesen Schritt war nicht allein die Überzeugung der britischen Regierung, der Staat solle sich aus möglichst vielen Bereichen der Wirtschaft zurückziehen. Es setzte sich vor allem die Erkenntnis durch, daß ohne die Privatisierung die für den Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur nötigen Investitionen nicht oder nur unter starken Belastungen für das Staatsbudget finanziert werden könnten¹⁵. Nicht nur Industrieländer, sondern auch Schwellenländer wie Malaysia oder Süd-Korea sind zunehmend bereit, ihre Fernmeldeverwaltungen vor dem Hintergrund des steigenden Investitions- und Finanzierungsbedarfs zu privatisieren¹⁶.

Eine Privatisierung des Telekommunikationssektors in der DDR müßte sich nicht allein auf eine Überführung der dortigen Post in eine Aktiengesellschaft beschränken. Vorstellbar wäre auch, einzelne bislang angebotene oder neu hinzukommende Dienstleistungen innerhalb des Telekommunikationssektors privaten Unternehmen zu übertragen. Dabei ist gerade an die Modernisierung beziehungsweise den Ausbau sowie den Betrieb von terrestrischen Fernsprechnetzen, von Mobil-

funknetzen und Datenübertragungsleitungen zu denken – Tätigkeitsfelder also, die in der Bundesrepublik auch nach der Postreform im wesentlichen der Bundespost vorbehalten sind. Vorstellbar wäre etwa, neben oder in Ergänzung zur staatlichen Fernmeldeverwaltung Lizenzen für solche Telekommunikationsdienste jeweils mehreren privaten Unternehmen in Konkurrenz zueinander zu erteilen.

Fazit

Derartige Wettbewerbslösungen, die über die vom Poststrukturgesetz gesetzten Grenzen hinausgehen, hätten für die DDR zudem den Vorteil, vergleichsweise kurzfristig Ressourcen, vor allem aus dem Ausland, zu mobilisieren. Die Modernisierung des Telekommunikationssektors in der DDR weitgehend der Bundespost zu überlassen, hieße möglicherweise, die westdeutsche Fernmeldeverwaltung zu überfordern. Keineswegs sicher ist, ob die Bundespost eigene Ressourcen in ausreichendem Umfang mobilisieren kann, ohne die Durchführung von Investitionsvorhaben in der Bundesrepublik zu vernachlässigen. Konkurrenz innerhalb der DDR und zwischen Unternehmen in beiden deutschen Staaten böte schließlich zusätzliche Vergleichsmöglichkeiten in Hinblick auf die Effizienz und die Innovationsfreudigkeit einzelner Netzbetreiber und Anbieter von Telekommunikationsdiensten. Andere RGW-Staaten wie Ungarn zum Beispiel, die unter vergleichbaren Problemen leiden wie die DDR, haben offenbar die Vorteile von Wettbewerb erkannt und erwägen bereits, private Lizenzen für den Betrieb von Kommunikationsnetzen und -dienstleistungen zu vergeben.

Die DDR ist in der glücklichen Lage, auch aus den Fehlern zu lernen, die die Bundesrepublik in den 40 Jahren ihres Bestehens gemacht hat. Die Vielzahl an Regulierungen, die die wirtschaftliche Dynamik hierzulande bis heute einschränken, zählen zum Großteil dazu. Aus dieser Sicht wäre die DDR gut beraten, stärker als bisher die westdeutsche Wirtschaftsordnung auf ihren Nutzen für die Lösung anstehender Probleme im anderen Teil Deutschlands abzuklopfen. Die Ausführungen über die Postunion und das Poststrukturgesetz haben dies deutlich gemacht.

Mit mehr Mut zu Wettbewerb und Privatinitiative, als ihn wichtige Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik derzeit offenbaren, könnte die DDR also durchaus in die Fußstapfen von Ludwig Erhard treten und den Grundstein für ein zweites „Wirtschaftswunder“ legen. Wie Erfahrungen aus dem Fernmeldewesen beweisen, vermag ein Blick über die Grenzen hinaus ins europäische und außereuropäische Ausland dabei nützliche Anregungen zu bieten.

¹³ Vgl. Wirtschaftswoche, Nr. 14, 30. März 1990: Unhaltbare Zustände.

¹⁴ Arnulf Heuermann, Karl-Heinz Neumann: Die Liberalisierung des britischen Telekommunikationsmarktes, Wissenschaftliches Institut für Kommunikationsdienste -WIK-, Bad Honnef, Heidelberg 1985.

¹⁵ Karin Newman: The Selling of British Telecom, London 1986, S. 3; Wolfram Engels: Einseitige Betrachtungen, Düsseldorf 1986, S. 74.

¹⁶ The Industry assemblies at CommunicAsia '90, in: Communications International, Mai 1990, S. 49.